

# Große Koalition: CDU, CSU und SPD streichen Lobby-Register aus Koalitionsvertrag

*SPIEGEL ONLINE, Hamburg, Germany*

## Koalitionsvertrag Union und SPD streichen Lobbyregister

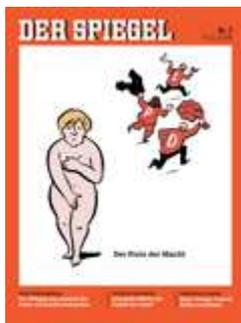
**Kurz vor Ende der Verhandlungen haben Union und SPD nach Informationen des SPIEGEL die Einführung eines Lobbyregisters gestrichen. Auch ein Verbot der Tabakwerbung wird im Vertrag wohl nicht auftauchen.**



REUTERS

Horst Seehofer, Angela Merkel, Martin Schulz

In einer neuen [Großen Koalition](#) wird es nun doch kein Lobbyregister geben. Denn unmittelbar vor dem Abschluss der Verhandlungen zwischen Union und SPD wurde die Einführung einer entsprechenden Datenbank nach Informationen des SPIEGEL aufgegeben.



Mehr dazu im SPIEGEL

Heft 7/2018

Mit einem solchen Register könnte die Identität von Lobbyisten, deren Auftraggeber, politische Ziele und Finanzierung offengelegt werden. In einem Vertragsentwurf hieß es noch: "Wir wollen mit einem verpflichtenden Lobbyregister Transparenz schaffen, ohne wirksames Regierungshandeln oder die freie Ausübung des parlamentarischen Mandats einzuschränken." (Lesen Sie hier die ganze Geschichte [im neuen SPIEGEL](#).)

Oppositionspolitiker und Initiativen wie LobbyControl und Abgeordnetenwatch kritisieren die Streichung. Die Linken-Abgeordnete Anke Domscheit-Berg hätte sich "ein klares Bekenntnis zum transparenten Staat gewünscht, auch um verlorenes Vertrauen in staatliche Stellen wieder aufzubauen".

SPD-Unterhändler Ulrich Kelber macht die CSU für die Streichung verantwortlich. Deren Widerstand sei "erstaunlich" gewesen. Am 22. Februar kann er beweisen, dass er für ein Register ist. Dann wollen Linke und Grüne einen entsprechenden Gesetzentwurf ins Parlament einbringen.

### **Verbot der Tabakwerbung ebenfalls gestrichen**

Auch ein gesetzliches Verbot der [Tabakwerbung](#) an Außenflächen wird es bei einer Neuauflage der Großen Koalition voraussichtlich nicht geben. Die Festlegung auf ein Verbot wurde nach Informationen des SPIEGEL auf Druck der Union aus dem Koalitionsvertrag gestrichen.

Die Unterhändler der zuständigen Arbeitsgruppe hatten sich bereits auf einen Passus geeinigt. "Wir werden das Tabakaußenwerbeverbot umsetzen", hieß es wörtlich. In der Schlussfassung des Koalitionsvertrags taucht der Satz nicht mehr auf. Er wurde nach Informationen des SPIEGEL auf Druck der Unionsfraktionsspitze gestrichen.

Deutschland ist das einzige Mitglied in der EU, in dem es der Tabakindustrie noch gestattet ist, für Zigaretten an Hauswänden oder Litfaßsäulen zu werben. Erst in der vorigen Legislaturperiode hatte sich das Kabinett der Großen Koalition auf

einen Gesetzentwurf geeinigt, der Tabakwerbung an Außenflächen ab 2020 verbieten sollte. Doch das Gesetz wurde nie beschlossen.

Schon damals sperrte sich vor allem die Unionsfraktion dagegen.

Dieses Thema stammt aus dem neuen **SPIEGEL** - ab Samstagmorgen erhältlich.

Was im neuen SPIEGEL steht, erfahren Sie immer samstags in unserem kostenlosen Newsletter [DIE LAGE](#), der sechsmal in der Woche erscheint - kompakt, analytisch, meinungsstark, geschrieben von der Chefredaktion oder den Leitern unseres Hauptstadtbüros in Berlin.

insgesamt 72 Beiträge

Wie tief verfilzt ist unsere alte Groko schon und wieviel mehr die neue?

Transparenz und SPD/CDU/CSU/FDP schließt sich per se schon mal aus, oder wie sollen wir das interpretieren? Verschleiern der Lobbytätigkeiten ist ein [...]

Wie tief verfilzt ist unsere alte Groko schon und wieviel mehr die neue?

Transparenz und SPD/CDU/CSU/FDP schließt sich per se schon mal aus, oder wie sollen wir das interpretieren? Verschleiern der Lobbytätigkeiten ist ein typisches Modul der Neoliberalität. Und einer echten Demokratie nicht würdig. Mal im Ernst: wenn sich die AfD nicht derart nach Rechts gewandt hätten, sie hätten mit der nächsten Bundestagswahl die absolute Mehrheit. Was die großen Parteien derzeit noch rettet ist die politische Dummheit der Mitbewerber. Und wir regen uns über die Verhältnisse in den USA auf. da bleibt mir nur energisches Kopfschütteln.

Wenn öffentlich wird, wie bei uns die Gesetze gemacht werden, wer wen finanziert und wie Allgemeininteresse ausgehebelt wird für Einzelinteressen, könnte der halben Bevölkerung das schwer verdiente Essen wieder hoch kommen. [...]

Wenn öffentlich wird, wie bei uns die Gesetze gemacht werden, wer wen finanziert und wie Allgemeininteresse ausgehebelt wird für Einzelinteressen, könnte der halben Bevölkerung das schwer verdiente Essen wieder hoch kommen. Ich denke nur daran, wie ich mich schon aufrege wenn die einschlägigen Politmagazine Einzelfälle aufdecken. Da wäre ein öffentliches Lobbyregister der Volksgesundheit eher abträglich.

Es bräuchte in Europa und in Deutschland einen Interessenbeauftragten. Dieser ist nicht allein Wächter über Lobbyisten, sondern Wahrer der demokratischen Willensbildung. Gerade die GEZ Medien sind ein im grossen und ganzen ein [...]

Es bräuchte in Europa und in Deutschland einen Interessenbeauftragten. Dieser ist nicht allein Wächter über Lobbyisten, sondern Wahrer der demokratischen Willensbildung. Gerade die GEZ Medien sind ein im grossen und ganzen ein verlängertes Regierungsfreundliches Poliermedium im Übertragenen Sinne ,wie im Eisstockschießen. Es gibt nur Industrielobbyisten und keine(-wenig)